

Neoklassische Zukunftsentwürfe für die Landwirtschaft

Neo-classical theory and future prospects for agriculture

Karl Michael ORTNER

Zusammenfassung

Im vorliegenden Beitrag werden die Annahmen, auf denen die neoklassische Wirtschaftstheorie beruht, kritisch gewürdigt, um herauszuarbeiten, wie die Wirtschaftspolitik auf Abweichungen zwischen Annahmen und Realität reagieren sollte. Die Annahme autonomer, vollständig informierter Wirtschaftsteilnehmer ist eng mit der Annahme homogener Güter und freien, unverfälschte Information transportierenden Märkten verbunden. Dem Streben der einzelnen Wirtschaftsteilnehmer, ihren jeweiligen Informationsvorsprung zu sichern und auszunützen, muss das Streben des Staates gegenüber stehen, Information allgemein verfügbar und jedermann zugänglich zu machen. Denn nur vollständig informierte Bürger sind in der Lage, ihren Nutzen zu maximieren.

Schlagnworte: Freier Markt, Information, Wettbewerb, Staatsaufgaben

Summary

The paper takes a critical look at the assumptions on which the neoclassical economic theory is based, with a view to determine how economic policy should deal with deviations between these assumptions and reality. The assumption of autonomous, fully informed economic agents is strongly linked to the assumption of homogeneous goods and free markets which exist to convey unbiased information. The drive of individual economic agents to maintain and exploit their respective information advantages should be counteracted by the

government to make information generally available to everyone as only fully informed citizens are capable to maximize their utility.

Keywords: microeconomic theory, information, competition

1. Einleitung

Mit dem Thema, das mir gestellt wurde, ist wohl gemeint, Ideen über die Zukunft der Landwirtschaft unter der Voraussetzung abzuleiten, dass die neoklassische Wirtschaftstheorie zutrifft und die aus ihr folgenden Empfehlungen umgesetzt werden. Eine Theorie ist um so besser, je mehr sie mit der Realität übereinstimmt und je mehr Klarheit durch die Abstraktion von der Realität gewonnen werden kann. Die Stärke der neoklassischen Theorie liegt in der Klarheit, die sie schafft. Sie abstrahiert von einzelnen Wirtschaftsteilnehmern, die ihre Entscheidungen in zeitlicher Abfolge treffen, und bringt die dahinter liegenden Motive und Abläufe in Form von kontinuierlichen, zeitlich undifferenzierten Funktionen zum Ausdruck. Diese ermöglichen den Einsatz der Arithmetik und grafischer Darstellungen, wodurch die Theorie leicht verständlich und anwendbar wird.

Dies trägt nicht nur zur weiten Verbreitung dieser Theorie bei, sondern auch zur Überschätzung der Möglichkeiten, die sie zur Lösung aktueller wirtschaftlicher Probleme bietet. Diese Möglichkeiten bestehen nämlich nur dort, wo ein hohes Maß an Übereinstimmung zwischen den Annahmen, die der Theorie zu Grunde liegen, und der Realität besteht. Die Nichtbeachtung oder Geringschätzung dieser Annahmen führt zu unbefriedigenden Ergebnissen, wie das Beispiel der Transformation ehemals kommunistisch regierter Länder gezeigt hat. Daher ist es notwendig, den Annahmen mehr Aufmerksamkeit zu widmen und zu überlegen, inwieweit sie in konkreten Fällen zutreffen oder von der Realität abweichen. Sind die Abweichungen gering, dann kann man aus der Theorie Empfehlungen für die Praxis ableiten.

Andernfalls kann man entweder eine bessere Theorie aufstellen oder versuchen, die Umstände so zu verändern, dass sie mit der vorhandenen Theorie besser übereinstimmen. Das Thema dieses Vortrags verpflichtet mich, auf letzteren Weg zu setzen. Ich tue dies nicht ungern, weil es ein Weg ist, der auch in anderen Sektoren mehr oder weniger konsequent beschritten wird - mit dem gewünschten Erfolg. Er wird daher auch in der Landwirtschaft eine wichtige Rolle spielen.

Unser Ausgangspunkt ist also die neoklassische Theorie. Sie setzt bei den Wirtschaftsteilnehmern und der Art, wie sie ihre Aktivitäten koordinieren, vieles voraus, was vorhanden sein muss, wenn sie anwendbar sein soll. Daher beginne ich mit einer Diskussion wichtiger Annahmen der neoklassischen Theorie und ihrer Bedeutung in der Realität, nämlich

- der Nutzenfunktion
- der Definition der Güter
- dem Informationsbedarf
- freiem Wettbewerb als Voraussetzung für die Gewinnung unverfälschter Information.

Daraus folgen Anforderungen an den Staat betreffend die

- Herstellung freier Märkte und die
- Steuerung des Angebots öffentlicher Güter.

Abschließend fasse ich kurz zusammen, was diese Diskussion für die Zukunft der Landwirtschaft bedeutet. Ihre Zukunft hängt nämlich von den Zielen und Präferenzen der Einzelnen und der Gesellschaft ab, die sich infolge der Gewinnung und Anwendung neuer Erkenntnisse und Technologien ständig ändern. Aber damit verlasse ich bereits die Domäne der neoklassischen Theorie.

2. Annahmen der neoklassischen Theorie

2.1 Die Nutzenfunktion

Die neoklassische Theorie geht von einem Wirtschaftssubjekt aus, dessen Präferenzen konsistent und konstant sind, das auf Grund dieser Präferenzen seine Wahl zwischen mehreren Alternativen rational trifft und mit dieser Wahl seinen Nutzen maximiert. Der sog. rationale Konsument weiß somit, welche Alternativen es gibt und wie sie ihm nützen. Der Weg, wie er zu diesem Wissen gelangte und die Möglichkeit, dass es ständig neue Alternativen geben könnte und dass das Ausprobieren dieser Alternativen selbst Nutzen stiften oder die Präferenzen verändern könnte, werden in der Theorie außer Acht gelassen. Die neoklassische Theorie beschäftigt sich somit weder mit Fragen der Wissensakkumulation noch mit solchen der Produktgestaltung, des Marketing, des Ortes, der Zeit und so weiter.

2.2 Güter

Vielmehr werden Güter auf einer bestimmten Abstraktionsebene klassifiziert und innerhalb der Klasse als homogen betrachtet. Diese Vereinfachung schafft Probleme, wenn sich die Eigenschaften oder die Zusammensetzung der in eine Klasse zusammengefassten Güter im Lauf der Zeit ändern. Man kann diesen Problemen begegnen, z.B., indem man den Wert eines Gutes in seine drei Komponenten zerlegt: den Preis, die Menge und die Qualität, oder das Gut in mehrere Klassen unterteilt, oder man kann sie ignorieren; in vielen Fällen wird man dabei keinen größeren Fehler machen als den, der zwischen Theorie und Praxis besteht - einen Fehler also, den man in Kauf nimmt, um nicht alles, was man wissen will, in der Praxis ausprobieren zu müssen.

Die Definition von Gütern schränkt die Anwendbarkeit der neoklassischen Theorie in der Praxis ein, weil die Qualität und die Eigenschaften der zur Wahl stehenden Güter als bekannt und konstant vorausgesetzt werden. Somit kann diese Theorie nicht erklären, warum ständig neue, veränderte, innovative Produkte, Dienstleistungen und Kombinationen davon auf den Markt kommen und wie die potenziellen Kunden zu einem Urteil darüber gelangen, wie nützlich ihnen diese Güter sind und welches Ambiente dazu beiträgt, ihren Nutzen weiter zu steigern, um sie zum Kauf eines bestimmten Bündels (Warenkorbes) zu ermuntern (Erlebniseinkauf, elektronischer Einkauf). Der Aufwand, der zur Informationsbeschaffung notwendig ist, und im Zuge dessen man gelegentlich auch etwas Unerwünschtes kauft, wie sich erst später herausstellt, wird also völlig ausgeblendet. Ebenso verhält es sich mit Produkteigenschaften, die den Informationsbeschaffungsaufwand vermindern, wie z.B. Markennamen, Gütesiegel, Herstellungsbezeichnungen usw..

2.3 Volle Information

Vielmehr wird unterstellt, dass die Marktteilnehmer nicht nur über die Güter und den Nutzen, den sie ihnen stiften, informiert sind, sondern auch über die technischen Möglichkeiten zur Produktion dieser Güter und ihre Preise. Auf Grund dieser Preise optimieren die Anbieter ihre Produktion und die Nachfrager ihren Nutzen mit dem Ergebnis, dass die Angebotsmengen, Verkaufsmengen, Preise und die Ausgaben der

Nachfrager mit dem Betrag übereinstimmen, der ihnen für Ausgaben zum Erwerb dieser Güter zur Verfügung steht.

Dieser Idealzustand - das Marktgleichgewicht - setzt bei den Marktteilnehmern Wissen voraus, das sie in der Realität nur annähernd und schrittweise erwerben können - durch Interaktionen auf den Märkten, die mit ständig schwankenden Preisen um ein hypothetisches Gleichgewicht pendeln und damit ständig neue Signale aussenden, die von den Marktteilnehmern benötigt werden, damit sie ihren Nutzen optimieren und ihr Handeln danach richten können.

2.4 Freier Wettbewerb

Freier Wettbewerb soll sicherstellen, dass richtige, unverzerrte Signale gesendet werden, die ermöglichen, das Optimum tatsächlich zu erreichen. Dazu sind einige Voraussetzungen notwendig:

1. Kein Marktteilnehmer bevorzugt oder benachteiligt einen anderen; daher sind die Güter homogen (standardisiert) und die Marktteilnehmer anonym.
2. Die Zahl der Anbieter und Nachfrager ist so groß, dass keiner die Preise durch sein persönliches Handeln beeinflussen kann.
3. Jeder Marktteilnehmer kennt die Angebote und Preise und nützt sie zu seinen Gunsten.
4. Der Zugang zum und der Rückzug aus dem Markt steht jedem frei. Somit kann sich jeder aus einem Markt zurückziehen und in einem anderen aktiv werden, d.h. er kann seine Ressourcen dort einsetzen, wo sie ihm - und damit auch den anderen Marktteilnehmern - am meisten nützen.

Der freie Wettbewerb auf dem freien Markt ist das Instrument zur Gewinnung jener Information, die gemäß den Annahmen der neoklassischen Theorie alle schon haben, wenn sie den Markt betreten. Diese Gleichzeitigkeit in der Theorie ist eine Folge der Abstraktion von der zeitlichen Dimension; sie ist zwar nicht absolut, weil man in der Theorie zwischen kurz- und längerfristigen Gleichgewichtspreisen unterscheidet, die sich bei gegebenem Wissensstand vorhersagen lassen, indem man die Zeit benötigenden Anpassungsprozesse in der realen Welt berücksichtigt.

In der Realität ist der Wissensstand aber nicht gegeben - er ändert sich. Neues Wissen wird schrittweise oder auch auf unvorhersehbare Weise bekannt und kann von den Marktteilnehmern benutzt werden, um das

Beste daraus zu machen: Sie ändern ihre Pläne und ihr Verhalten, suchen nach neuen Produkten und Wegen, sie herzustellen und zu verkaufen, und sie verwirklichen diese Pläne - sofort und in der Zukunft. Die Informationen über diese Absichten kommen auf den Märkten zum Tragen und manifestieren sich als entsprechende Preise, die mit dem verfügbar werdenden Informationsfluss schwanken und damit selbst zu Trägern dieser Informationen werden. Die Märkte senden Preissignale aus, die den Wirtschaftsteilnehmern Orientierung geben sollen.

3. Staatsaufgaben

3.1 Sorge für freie Märkte

Eine richtige Orientierung kann man aber nur von Märkten erwarten, auf denen die Annahmen des freien Wettbewerbs mehr oder weniger zutreffen. Wenn dies nicht der Fall ist, sollte die Politik ihr Möglichstes tun, um freien Wettbewerb herzustellen. Die Marktwirtschaft, zu der sich die westlichen Demokratien aus gutem Grund bekennen, bedient sich der Märkte als Vermittler von Informationen, die für das Wohlergehen der Bevölkerung eine Rolle spielen. Aber freie Märkte, die unverzerrte Information vermitteln können, existieren nicht automatisch, sie entstehen nicht spontan. Freie Märkte müssen geschaffen und administriert werden. Sie können nur in einem Umfeld existieren, das die neoklassische Theorie voraussetzt und dem sich die Institutionenökonomik besonders widmet, nämlich Regeln, die dafür sorgen, dass Verträge erfüllt werden und das Verhalten der Mitmenschen in einem gewissen Rahmen vorhersehbar ist.

Die Aufgabe der Regierungen oder anderer dazu befähigter Verwaltungseinheiten wäre es demnach, freie Märkte zu etablieren und sicher zu stellen, dass sie frei bleiben. Im Speziellen bedeutet dies:

1. Errichtung und Kontrolle von Handelsplätzen und Börsen (Transparenz der Regeln und Abläufe, Sicherung ihrer Befolgung)
2. Festlegung von Standards zur Klassifizierung und Kennzeichnung der Güter
3. Verhinderung des Entstehens und/oder Kontrolle von Marktmacht
4. Sicherung ungehinderten Zutritts zu den Märkten

5. Verbreitung marktrelevanter Informationen, um die Gleichberechtigung (Chancengleichheit) der Marktteilnehmer zu fördern (Veröffentlichung und Analyse der Marktergebnisse und -entwicklungen, Preisvergleiche, Qualitätskontrollen).

Manche dieser Aufgaben werden inzwischen durch neue Informationstechnologien wesentlich erleichtert, was dazu führt, dass sie auch von Privaten wahrgenommen werden können. Manche sind auf internationaler Ebene relevant und werden auch dort zunehmend wahrgenommen. Das betrifft u.a. die Bemühungen zur Liberalisierung der Agrarmärkte durch die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) und die Welthandelsorganisation (WTO). Auch im Bereich der Normen werden wichtige Weichenstellungen für die Landwirtschaft der Zukunft in internationalen Organisationen getroffen. Dies gilt z.B. für die Zusammensetzung von Lebensmitteln (Codex Alimentarius), die Bekämpfung von Krankheiten (Weltgesundheitsorganisation, Internationales Tierseuchenamt), die Arbeitsbedingungen (Internationale Arbeitsorganisation), die Verwendung von geistigem Eigentum (WTO, Internationales Patentamt) und die Verschmutzung der Umwelt (Vereinte Nationen: Agenda 21, Kyoto-Prozess).

Diese Normen und die Maßnahmen, die zu ihrer Einhaltung getroffen werden, stellen Rahmenbedingungen dar, innerhalb derer Handel im Sinne von Austausch stattfindet - nicht nur von Waren, sondern auch von Ideen, Plänen, Absichten, Projekten und Beurteilungen ihrer Erfolgchancen und ihrer Werte. Diese Informationen fließen in die Bewertung von Aktien, Anleihen, Devisen, Rohstoffen und schließlich auch von Lebensmitteln ein und zeigen sich auf den Märkten in Form von Preisänderungen, die wieder neues Handeln auslösen und in der Folge neue Informationen schaffen.

Regierungen, die in diesen Prozess als privilegierte Marktteilnehmer unter Ausübung ihrer Marktmacht (durch Interventionskäufe, Export- und andere Absatzförderungen) eingreifen, verzerren die Märkte und die durch sie verbreiteten Informationen, wodurch sie es den anderen Marktteilnehmern unmöglich machen, ihre Möglichkeiten optimal zu nützen. Als Rechtfertigung dafür dient die Absicht, "faire" Preise herzustellen. Aber "faire" Preise sind nur für jene fair, die die Macht haben, sie durchzusetzen; sie resultieren aus einer Bewertung, die nur von einem Teil der Marktteilnehmer vorgenommen wird. Freie

Marktpreise resultieren dagegen aus einer Bewertung durch alle (potenziellen) Marktteilnehmer, von denen keiner eine privilegierte Stellung einnehmen darf.

Eine zweite wichtige Aufgabe des Staates neben der Herstellung und Sicherung freier Märkte ist die Bereitstellung öffentlicher Güter in wünschenswertem Ausmaß.

3.2 Öffentliche Güter

Freie Märkte wurden ursprünglich für handelbare Güter konzipiert - Waren, Dienstleistungen und Rechte (Eigentumsrechte, Nutzungsrechte, Lieferrechte, Verschmutzungsrechte). Eine multifunktionale Landwirtschaft produziert neben handelbaren auch öffentliche Güter, die erwünscht oder unerwünscht sein können. Öffentliche Güter sind solche,

1. von deren Genuss niemand ausgeschlossen werden kann (Sicherheit, reine Luft, Schutz vor Lawinen, Kulturlandschaft), oder
2. deren Nutzen unabhängig ist von der Zahl der Nutzer (Gerechtigkeit, Artenvielfalt, Naturschutz) oder
3. externe Effekte, die mit der Herstellung oder dem Verbrauch privater Güter verbunden sind und Eigenschaften von a) oder b) haben (Besiedelung, Geruchsbelästigung).

Da der Wert dieser Güter nicht am Markt festgestellt und abgegolten werden kann (Marktversagen), müssen andere Instrumente angewandt werden, um ihr Angebot zu steuern. Dafür kommen marktwirtschaftliche und ordnungspolitische Maßnahmen in Betracht:

1. Zahlungen und Abgaben als Anreize zur freiwilligen Leistungserbringung (z.B. im Rahmen des Österreichischen Programms für eine umweltgerechte Landwirtschaft, Ausgleichszulage). Der Lohn oder die Strafe für die freiwillige Produktion eines (positiven oder negativen) öffentlichen Gutes sollte direkt an die erbrachten Leistungen anknüpfen und so bemessen sein, dass die gewünschte Menge produziert wird¹.
2. Vorschriften an die Marktteilnehmer, die unentgeltlich zu erfüllen sind oder pauschal (z.B. mittels Preisstützung oder Flächen-

¹ Die Menge ist optimal, wenn die sozialen Grenzkosten und der Grenznutzen der Produktion eines öffentlichen Gutes gleich sind.

prämien) entlohnt werden. Vorschriften beschneiden den Handlungsspielraum der Wirtschaftsteilnehmer und sind daher mit Kosten verbunden.

Die Kosten der Produktion öffentlicher Güter werden dementsprechend vom Staat (den Steuerzahlern), den Produzenten² oder anderen Gruppen (z.B. Händler, Verarbeiter, Transporteure, Verbraucher) getragen.

Wünschenswert, aber oft nicht durchführbar, ist die Internalisierung externer Effekte. Dabei wird die Produktion oder der Verbrauch eines handelbaren Gutes, das externe Effekte mit sich bringt, besteuert oder bezuschusst, sodass die Verursacher bzw. die Nutznießer dafür zahlen. Dazu gehört auch die Kennzeichnung eines Produktes durch anerkannte Markennamen, Herkunftsbezeichnungen, Qualitätssiegel oder Warnhinweise in der Hoffnung, dass die Nachfrager die damit garantierte Produkteigenschaft oder Herstellungsmethode honorieren oder ablehnen; die Kennzeichnung hat ihre Grenzen dort, wo die Aufnahmefähigkeit oder der Informationsstand der Marktteilnehmer überfordert werden.

4. Schlussfolgerungen für die Landwirtschaft

Die Vorstellungen der neoklassischen Theorie gelten unter Voraussetzungen, die nicht selbstverständlich existieren, sondern einen Handlungsbedarf beinhalten. Märkte entstehen nicht von selbst und funktionieren oft nicht so, wie sie im Interesse der Allgemeinheit funktionieren sollten. Die Wirtschaftsteilnehmer (Privatfirmen, Händler) neigen nämlich dazu, Informationen für sich zu behalten, um sie zum eigenen Vorteil nutzen zu können. Das Wissen über Herstellung, Angebot, Nachfrage, Liefer- und Absatzmöglichkeiten von Betriebsmitteln, landwirtschaftlichen Produkten, Lebensmitteln, Ressourcen und damit verbundenen Rechten wird immer umfassender und scheint

² Die "gute fachliche Praxis" z.B. ist eine Mindestanforderung der Gesellschaft an die Landwirte, die ohne Gegenleistung zu erbringen ist; ebenso das Verbot der Verwendung bestimmter Futtermittel, Arzneimittel, Pflanzenschutzmittel, Hormone, GVOs usw. sowie bestimmte Anforderungen an die Tierhaltung, Abfallbeseitigung usw.

sich auf immer weniger Konzerne zu konzentrieren, die versuchen, eine marktbeherrschende Stellung zu erobern und auszunützen.

Die neoklassische Theorie lehrt, welche Folgen dies hat und wie sie vermieden werden könnten: durch Schaffung und Sicherung freier Märkte. Daraus folgt, dass Marktmacht einzuschränken ist und auch die Regierungen selbst keine Marktmacht ausüben sollen. Für die Landwirtschaft bedeutet dies, dass Marktordnung anders verstanden werden muss als bisher. Marktordnung sollte nicht bedeuten, dass staatlich beauftragte Organe mit Hilfe von Exportstützungen, Interventionen und angebotssteuernden Maßnahmen (Flächenstilllegung, Quotenregelung) als privilegierte Marktteilnehmer auftreten können, sondern dass der Staat allen Interessenten Zugang zu den Märkten verschafft, die Akkumulation von Marktmacht verhindert und für größtmögliche Transparenz bezüglich der Abläufe, Ergebnisse (Preisentwicklungen) und ihrer Ursachen sorgt sowie für die uneingeschränkte Verbreitung der Informationen, die auf den Märkten sichtbar werden.

Was öffentliche Güter und die Multifunktionalität betrifft, sind ihre Leistungen, der Bedarf danach und die Grenzkosten ihrer Herstellung möglichst genau zu quantifizieren, damit die öffentliche Hand marktkonforme Leistungsanreize anbieten kann, wo dies möglich ist, und Vorschriften erlassen kann, mit denen gesellschaftliche Ziele auf wirtschaftlich effiziente Weise erreicht werden. Die Kosten der Einhaltung von Vorschriften fallen in landwirtschaftlichen Unternehmen an und bestimmen deren internationale Wettbewerbsfähigkeit ebenso mit wie die Frage, welchen Teil davon der Staat kompensiert. Wettbewerbsfähigkeit entscheidet sich aber letztlich auf der Ebene der Unternehmen: Jeder Unternehmer entscheidet selbst, welche Kosten er in Kauf nehmen kann und will sowie darüber, welche Option unter jenen, die ihm offen stehen, er wählt; er kennt diese Optionen selbst am besten und kann daher - eventuell unter Inanspruchnahme einer externen Beratung - selbst jene Wahl treffen, die ihm am nützlichsten erscheint.

Neue Umstände und die Möglichkeit, sich ihnen durch die Wahl anderer als der gewohnten Optionen und Verhaltensweisen anzupassen, stellen eine ständige Herausforderung für jeden dar. Sie bedingen einen Strukturwandel, der einerseits von freien Märkten gesteuert werden muss, damit die verfügbare, auf alle Individuen

verteilte Information optimal genutzt werden kann, und der andererseits sozial- und umweltverträglich gestaltet werden muss, um eine optimale Versorgung der Bevölkerung mit öffentlichen Gütern zu gewährleisten. Dazu zählen auch der Schutz vor unverschuldeten oder unzumutbaren Einkommensverlusten und der Schutz der natürlichen Ressourcen.

Eine Landwirtschaft, die höheren Ansprüchen der Gesellschaft gerecht wird, kann für die Erfüllung mancher dieser Ansprüche vom Markt entlohnt werden. Dazu müssen jene, die solche Ansprüche stellen, dies am Markt durch den Kauf entsprechender Produkte zum Ausdruck bringen. Voraussetzung dafür ist, dass potenzielle Abnehmer die Qualitäten der Produkte, die mit solchen Ansprüchen verbunden sind, erkennen können, so dass sie die Möglichkeit haben, das anspruchsvollere Produkt zu wählen und dessen höhere Herstellungskosten durch Bezahlung eines höheren Preises abzugelten. Damit jeder einzelne potenzielle Käufer (Nachfrager) eine informierte Wahl treffen kann, benötigt er einen hohen Wissensstand betreffend der Bedeutung eines Kennzeichens und seines Zusammenhanges mit dem Anspruch, den er erfüllt sehen möchte. Die Kosten der Verbreitung dieses Wissens können prohibitiv hoch sein; die Alternative ist, dass die Gesellschaft eine Wahl für ihre Mitglieder trifft - durch die Festsetzung oder Änderung von Normen.

Ausgleichszahlungen für die Bereitstellung öffentlicher Güter, die über das normale (genormte) Maß hinausgehen, wie zum Beispiel für besondere Umweltleistungen, können gerechtfertigt werden. Bei Kosten, die anfallen, weil bestimmte Rahmenbedingungen oder Vorschriften geändert wurden und eingehalten werden müssen, ist dies weniger sicher. Sie können von der Gesellschaft vorübergehend getragen werden, um den dadurch Benachteiligten Zeit für Anpassungsmaßnahmen zu geben, oder sie können einmalig abgegolten werden, um den Benachteiligten einen Wertverlust zu ersetzen, den Güter, die sie besitzen, durch die Einführung einer höheren Sozialpflicht des Eigentums erfahren.

Für die weitere Entwicklung der Landwirtschaft ist daher die Frage, was Norm ist und was Norm werden soll, entscheidend. Diese Frage wird nicht nur auf nationaler und lokaler Ebene, sondern auch international diskutiert. Die Verhandlungen über die Verbesserung der internationalen Handelsregeln in der WTO sind deshalb so schwierig,

weil sie die Wettbewerbsfähigkeit der Landwirte in verschiedenen Ländern entscheidend berühren. Artikel 20 des Agrarabkommens nennt als langfristiges Ziel der Verhandlungen "substanzielle fortschreitende Senkungen der Stützung und des Schutzes unter Berücksichtigung nicht handelsbezogener Anliegen und der Absicht, ein faires und marktorientiertes Agrarhandelssystem zu errichten". Somit haben die Mitgliedsländer der WTO ihre Absicht erklärt, die Märkte für landwirtschaftliche Produkte freier zu machen und damit einen Beitrag zur Steigerung der weltweiten Wohlfahrt zu leisten. Dies wird Anpassungsreaktionen der Marktteilnehmer in der ganzen Welt nach sich ziehen und einerseits vielen zum Vorteil gereichen, während andererseits viele Landwirte in der EU-15 und manche von der Bevölkerung geschätzte Leistungen, die mit der derzeit betriebenen Art von Landwirtschaft verbunden sind, negativ betroffen sein werden, wenn es die Regierungen zulassen.

Abschließend möchte ich in diesem Zusammenhang hervorheben, dass die neoklassische Theorie Fragen der Betriebsführung und Haushaltsorganisation nicht berührt: Betriebe und Haushalte sind jene Wirtschaftssubjekte, die am Markt als Anbieter und Nachfrager (Marktteilnehmer³) in Erscheinung treten und auf diese Weise ihre Handlungsspielräume autonom ausnutzen. Letzteres ist wichtiger als die Unterscheidung der Wirtschaftssubjekte in potenzielle Käufer und Verkäufer. Die Annahme, dass sie autonom entscheiden, folgt aus der Überzeugung, dass der persönliche Freiraum für die Wirtschaftspolitik tabu ist. Der persönliche Freiraum ist aber jener Bereich, in dem Informationen, die von außen kommen, ausgewertet und umgesetzt werden.

Für die Wettbewerbsfähigkeit des Sektors ist entscheidend, dass richtige und brauchbare Informationen und Kenntnisse zu den Betrieben und Haushalten (Wirtschaftsteilnehmern) gelangen und dass sie richtig verstanden und genützt werden. Die Gefahr, dass die wahrnehmbaren Informationen durch Modeerscheinungen, politische Ereignisse oder Geschäftsinteressen (Marktmacht) falsch gewichtet und irreführend sein könnten, ist allerdings vorhanden. Vor ihr sind auch

³ Ein Anbieter, der sein Gut nicht verkauft, ist ein Nachfrager, dem dieses Gut mehr wert ist als der dafür gebotene Preis.

die Regierungen nicht gefeit. Daher sind Meinungsvielfalt und der freie Diskurs ebenfalls Voraussetzungen dafür, dass Märkte ihre Funktion, richtige Signale zu senden, erfüllen können. Zur Interpretation dieser Signale und zur Suche nach den richtigen Reaktionen darauf bedarf es der Forschung, Schulung und Beratung. Um daraus tatsächlich Nutzen zu ziehen, bedarf es der Bereitschaft der Unternehmer und Politiker, dieses Wissen aufzunehmen und mit ihren Fähigkeiten und Produktionsfaktoren zu kombinieren und zum eigenen Nutzen sowie jenem der Verbraucher und Staatsbürger anzuwenden. Verbraucher und Staatsbürger sind es letztlich, die entscheiden, was nützlich und gefragt ist.

Weiterführende Literatur

- HENDERSON, J. M. und QUANDT, R. E. (1980): Microeconomic theory: a mathematical approach, 3. Auflage. New York: McGraw-Hill.
- KASPER, W. und STREIT, M. E. (1998): Institutional Economics. Social Order and Public Policy. Cheltenham: Edward Elgar.
- ORTNER, K. M. (2000): Warum Freihandel? Sonderausgabe der Zeitschrift Förderungsdienst 1c/2000, S. 64-68.
- SCHMITZ, P. M. (1999): Integration der europäischen Land- und Ernährungswirtschaft in die Weltagrarwirtschaft: Chancen und Probleme. Referat bei der 40. Tagung der Gewisola in Kiel. Justus Liebig Universität, Giessen.

Anschrift des Verfassers

*DI Karl Michael Ortner
Bundesanstalt für Agrarwirtschaft
1030 Wien, Marxergasse 2
Tel.: +43 1 8773651 7426
eMail: karl.ortner@awi.bmlfuw.gv.at*

